

# CDA beschloß NRW-Satzung und wählte Vorstand

**419 Delegierte der CDA aus dem Rheinland und Westfalen-Lippe trafen sich jetzt in Essen, um dort zunächst in getrennten und dann in einer gemeinsamen Sitzung den Zusammenschluß zum Landesverband Nordrhein-Westfalen zu vollziehen. Bei zwei Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen wurde die neue Landessatzung verabschiedet.**

Die Mitglieder der Sozialausschüsse wählten einen vorläufigen Vorstand, der bis zur ersten ordentlichen Landesversammlung, die im Frühjahr einberufen wird, amtieren soll. Vorsitzender wurde Wolfgang Vogt MdB aus Düren, stellvertretender Vorsitzender Bernhard Brinkert MdL aus Bottrop. Beisitzer sind Hermann-Josef Arentz aus Köln, Hans Diehl

aus Paderborn, Heinrich Dreyer MdL aus Löhne, Dieter Grohmann aus Dortmund, Horst Günther MdB aus Duisburg, Helga Haarmann aus Iserlohn, Hein Hardt MdL aus Düsseldorf, Berthold Hupertz aus Olpe, Georg Keppeler aus Olpe, Fritz Kolorz aus Recklinghausen, Alfons Müller MdB aus Wesseling, Hubert Rademacher aus Bergkamen, Albert Roer aus Münster, Heinz Soënius MdL aus Köln, Hanshorst Viehof aus Mönchengladbach, Hans Wagner MdL aus Oberhausen, Günter Zimmermann aus Ahlen.

„Kraft Amtes“ gehören dem Landesvorstand an der Ehrenvorsitzende Rudi Nikkels aus Recklinghausen, Ehrenvorstandsmitglied Adolf Müller MdB aus Remscheid und Landessozialsekretär Ralf Lindemann aus Bergheim.

## Berufliche Bildung und Zukunftschancen

Die Zukunftschancen großer Teile der jungen Generation in Beruf und Gesellschaft hängen ganz entscheidend von einer qualifizierten beruflichen Bildung ab. Sie muß sich sowohl im dualen System als Teil unseres gegliederten Schulwesens als auch in unterschiedlichen Angeboten und Formen der beruflichen Weiterbildung den neuen Herausforderungen des wirtschaftlichen und technischen Strukturwandels stellen. — So heißt es in der Einladung, mit der die CDU Nordrhein-Westfalen für Samstag, 18. Oktober, 10.30

Uhr, zu einem Kongreß aufruft, der unter dem Motto „Die berufliche Bildung stärken — die Zukunftschancen der jungen Generation verbessern“ steht. Der Kongreß findet in der Stadthalle Hilden statt. Als Grundlage des Kongresses, den der JU-Vorsitzende Dr. Jürgen Rüttgers vorbereitete, dient ein umfangreiches Grundsatzpapier, dessen Definitionen und Thesen ausführlich diskutiert werden sollen. Unter anderem werden Bundesbildungsministerin Dr. Dorothee Wilms, der CDU-Landesvorsitzende Professor Dr. Kurt H. Biedenkopf und sein Stellvertreter Dieter Pützhofer, auf dessen Anregung die Tagung zurückgeht, zu der Versammlung sprechen.



# Die Bewerbungsunterlagen des Kandidaten

**In seinem Wahlprogramm, das der SPD-Kandidat Johannes Rau vor kurzem vor der Presse in Bonn vorstellte, betonte er, im Falle eines Falles in Bonn eine besonders wohltätige Politik zu veranstalten, ohne höhere Schulden zu machen. In Nordrhein-Westfalen hat die SPD, und seit 1979 ihr Ministerpräsident Johannes Rau, Gelegenheit gehabt, für eine solche Politik den Beweis vorzulegen. Als jetzt der Landeshaushalt in den nordrhein-westfälischen Landtag eingebracht wurde, fand der Kandidat in dem finanzpolitischen Sprecher der CDU-Fraktion, Hartmut Schauerte, einen kompetenten Gesprächspartner für das Thema Finanzpolitik. Schauerte durchleuchtete das von Ministerpräsident Rau und seinem SPD-Finanzminister Posser vorgelegte Zahlenwerk unerbittlich und förderte die Tatsachen der SPD-Finanzpolitik zutage.**

Wir bringen hier einige Ausschnitte aus der Rede des CDU-Landtagsabgeordneten Schauerte. (Interessenten können das Protokoll der Rede bei der Pressestelle der CDU Nordrhein-Westfalen, Wasserstraße 5, 4000 Düsseldorf 1, anfordern.)

„Wir beraten heute den Haushalt unseres Landes, der nach dem Bundeshaushalt mit ca. 60 Milliarden DM der zweitgrößte Haushalt der Bundesrepublik Deutschland ist. Dieser Haushalt, zu dessen Finanzierung jeder Bürger in diesem Lande mit durchschnittlich 3 596 DM seines nicht leicht verdienten Geldes beisteuert, ist mit seinen Zahlen das Schicksalsbuch der Politik des Landes. Er ist die Meßlatte, auch außerhalb des Landes, mit der

die Leistung bzw. das Versagen des Ministerpräsidenten Rau mit Recht in dem heraufziehenden Wahlkampf gemessen werden wird und gemessen werden muß. Er ist zugleich der Haushalt, mit dem der Kanzlerkandidat Rau vor die Bürger tritt, denn auch in der Politik gilt, daß man nicht auf das Reden achten soll, sondern auf das Tun und nicht auf die Vorsätze, sondern auf die Ergebnisse.

Was war die Ausgangslage? 1979, als Sie als Ministerpräsident erstmals für den Haushalt wirklich verantwortlich waren, lag das Bruttosozialprodukt pro Einwohner im Lande Nordrhein-Westfalen über dem Bundesdurchschnitt. Zu diesem Zeitpunkt war das Land Nordrhein-Westfalen steuerstark. Ich will, damit nachher keine Ammenmärchen aufkreuzen, auch schon sagen, daß bis heute das Land Nordrhein-Westfalen, was das Steueraufkommen betrifft, klar über dem Durchschnitt der übrigen Flächenländer liegt. Also, die Not, die wir hier in diesem Haushalt und in den vorangegangenen Haushalten festzustellen haben, liegt nicht an der besonderen Steuerschwäche dieses Landes, sondern an der unkonzentrierten Ausgabenpolitik dieses Landes.

Seit 1984 erwirtschaften die Bürger dieses Landes unterdurchschnittliche Bruttosozialprodukte mit fallender Tendenz. Als Sie Ministerpräsident wurden, Herr Rau, hatten wir 280 000 Arbeitslose, im August 1986 haben wir 721 000 Arbeitslose.

Wir haben 10,8 Prozent Arbeitslose und liegen ganz deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 8,5 Prozent; Baden-Württemberg hat 4,9 Prozent.



Herr Ministerpräsident, Sie können sich nicht einfach aus jeder Verantwortung für diese Sonderentwicklung der Arbeitslosigkeit im Lande Nordrhein-Westfalen herausstellen.

Die Zahl der Kurzarbeiter ging von Juli 1985 bis Juli 1986 im Bundesgebiet um 19 Prozent zurück. Im Lande Nordrhein-Westfalen erhöhte sie sich um 70 Prozent. Auch das ist Nordrhein-Westfalen, in der gleichen Bundesrepublik Deutschland gelegen. Die gleichen Rahmenbedingungen, die für die ganze Bundesrepublik Deutschland gelten, gelten auch für dieses Bundesland. Sie tragen die Verantwortung für diese erschreckenden Zahlen mit.

Bei den Behinderten sieht die Situation ganz katastrophal aus. 44 Prozent aller arbeitslosen Behinderten leben im Lande Nordrhein-Westfalen, und Sie, Herr Ministerpräsident, tragen dafür — auch in der Personalpolitik Ihres Landeshaushalts — erhebliche Verantwortung.

Die Haushaltslage war 1979 rosig für das Land Nordrhein-Westfalen. Alle wichtigen Daten und Indikatoren waren zum damaligen Zeitpunkt in Nordrhein-Westfalen besser als im Durchschnitt der Flächenländer. Ich habe vorhin schon gesagt: Wir hatten gute Steuereinnahmen, wir lagen über dem Durchschnitt. Wir hatten eine Verschuldung von um 30 Milliarden DM. Das waren durchschnittlich 1818 DM pro Kopf.

Zum 31. Dezember 1987 — das ist der Endpunkt des Haushalts, den Sie hier heute vorlegen — haben Sie 96 Milliarden DM Schulden. Das bedeutet 5750 DM für jeden Bürger in diesem Lande, Männer und Frauen, Kinder und Greise, alle eingerechnet. Rechnen Sie sich das einmal für einen 4- oder 5-Personen-Haushalt aus, in dem nur einer verdient.

In Ihrer Regierungszeit als Ministerpräsident sind die Schulden und die Belastung pro Kopf mehr als verdreifacht worden. 66 Milliarden DM gehen auf Ihre politische Verantwortung zurück — bei ansonsten gesunder Grundlage dieses Landes. Das müssen Sie sich anrechnen lassen.

Sie haben das Land Nordrhein-Westfalen vom zweitbesten Platz in der Reihenfolge des Jahres 1979 auf den vorletzten Platz zurückgeführt, und das mit nach wie vor sich beschleunigender fallender Tendenz. Das ist ein wahrhaft trauriger Rekord. In der Zunahme der Schulden, Herr Ministerpräsident, sind Sie und Ihre Regierung im Vergleich aller Länder der Bundesrepublik unschlagbar.

Für Zinsen gaben wir 1979 1,5 Milliarden DM aus das waren 92 DM pro Kopf und Jahr. Wir waren im Landesdurchschnitt der zweitbeste — 1979 wohl gemerkt. 1987 geben wir 6,6 Milliarden DM für Zinsen aus. Wir sind jetzt auch hier der zweit-schlechteste: 400 DM pro Kopf und Jahr nur für Zinsen!

Wenn man diese Zahl recht begreifen will, dann muß man sich einmal überlegen, in welchem Größenordnungsverhältnis sie denn zu wichtigen sonstigen Positionen im Landeshaushalt steht. Herr Ministerpräsident, 6,6 Milliarden DM für Zinsen, das bedeutet mehr als dreimal soviel für Zinsen, wie der ganze, bedeutende Wirtschaftsminister in seinem Etat hat. Dessen Etat beträgt nämlich 2,04 Milliarden DM, und 6,6 Milliarden DM geben wir für Zinsen aus. Das ist mehr als viermal soviel, wie der hier nicht anwesende Herr Matthiesen bekommt, der mit seinen 1,6 Milliarden DM gewaltig viel Wind macht und immer wieder sogenannte Schwerpunkte setzt. Aber die eigentlichen drückenden und belastenden



Schwerpunkte unseres Landes sind die Zinsen, die wir zahlen müssen.

Wir geben mehr als das 1,7fache des ganzen Sozial Etats des Landes Nordrhein-Westfalen für Zinsen aus.

Wir geben 18 Millionen DM Zinsen pro Tag aus, 12000 DM Zinsen pro Minute. Das sind Zahlen, die Sie verantworten müssen und derentwegen Sie von den Bürgern gefragt werden, wie das zustande kommt, warum das so ist und ob das wirklich ausreicht, um zum Bundeskanzler befördert zu werden.

1980 hatten wir im Lande Nordrhein-Westfalen einen absoluten Betrag von 11,5 Milliarden DM für Investitionen im Haushalt. Das war die sogenannte Investitionsquote von 22,4 Prozent am Gesamthaushalt. Im Jahre 1987 — das ist der Haushalt, der vorgelegt wird — sind es noch 8,6 Milliarden DM, das sind 14,4 Prozent Investitionsquote am Haushalt. Das ist die schlechteste Investitionsquote aller Länderhaushalte, die Sie vorlegen.

In den Jahren 1979 bis 1987 sind die Kosten für das Personal um mehr als 6 Milliarden DM gestiegen. Im gleichen Zeitraum sind die Ausgaben für die Zinsen um mehr als 5,1 Milliarden DM gestiegen. Bei einer Steigerung des Haushalts um insgesamt 11 Milliarden DM zeigen allein diese zwei Zahlen, daß für die Politik, für die Schwerpunkte, von denen Sie wieder reden, und für das Führen nach vorn einfach kein Geld mehr da war, weil schon diese beiden Positionen alles aufgeessen haben. Das ist eine so ungesunde Lage in den Finanzdaten und -struktu-

ren, wie Sie sie in keinem anderen Land finden.

In neun Haushaltsjahren mußte das für alle anderen Bereiche einen Rückschritt bedeuten. Für Investitionen sind im Haushalt heute 2,9 Milliarden DM weniger angesetzt als 1980. Auch das deckt sich mit dem, was ich gerade gesagt habe.

Wie war es bei den Gemeinden, als Sie angingen, Herr Ministerpräsident? Die Gemeinden hatten 1979 eine Verbundmasse von 28,5 Prozent. Heute haben sie 23 Prozent. Mit der 23-Prozent-Lösung haben die nordrhein-westfälischen Gemeinden die schlechteste Finanzausstattung im Vergleich mit allen Gemeinden in den übrigen Bundesländern bekommen.

Kein Land und kein Ministerpräsident hat in den zurückliegenden Jahren seine Gemeinden so sträflich und so massiv beschnitten, wie Sie das in Ihren Ministerpräsidentenjahren getan haben.

Dieser Ministerpräsident bewirbt sich als Bundeskanzler. Dieser Haushalt und die Vorgänger dieses Haushalts, die Daten und die Fakten, die ich in einer relativ kurzen Zusammenfassung einmal zu verdeutlichen versucht habe, halten die finanzpolitische Wirklichkeit im Lande Nordrhein-Westfalen fest. Sie sind, wenn ich das richtig begreife, die Bewerbungsunterlagen des Ministerpräsidenten.

Ich gehe davon aus, daß die Bürger dieses Landes, aber auch der Bundesrepublik Deutschland den Ministerpräsidenten nach seinen Bewerbungsunterlagen beurteilen werden. Nach was denn sonst?